

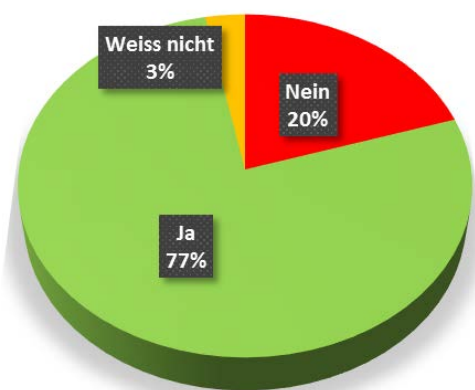


Im Brennpunkt

Gute Aussichten für die Konzernverantwortungsinitiative

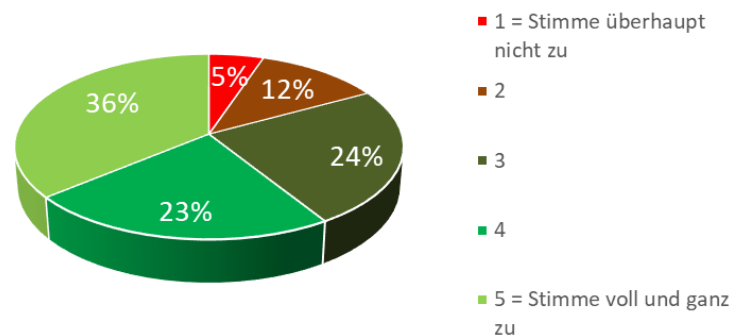
Mit der Veröffentlichung der Paradise Papers rückten undurchsichtige Geschäfte einiger Konzerne ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Auch Konzerne mit Sitz in der Schweiz tauchen in den Paradise Papers auf, darunter Glencore oder die Credit Suisse. Die Paradise Papers machen deutlich: Selbstregulierung funktioniert nicht, es braucht verbindlichen Regeln für Konzerne. Das gilt auch für den Schutz von Mensch und Umwelt. Genau das fordert die Konzernverantwortungsinitiative. Ein Anliegen, das in der Bevölkerung viel Rückhalt geniesst, wie eine kürzlich durchgeführte repräsentative Umfrage zeigt. Befragt wurden rund 1'000 volljährige Personen aus der ganzen Schweiz (darunter auch Nicht-Stimmberechtigte). Die Resultate sind deutlich: 77% der Befragten würden der Konzernverantwortungsinitiative zustimmen oder eher zustimmen, würde sie morgen zur Abstimmung kommen. In der Westschweiz liegt die Zustimmung sogar bei 91%.

Zustimmung zur Konzernverantwortungsinitiative



Auch der in der Initiative vorgesehene Haftungsmechanismus kommt gut an: Eine klare Mehrheit der Befragten gaben an, diesen Durchsetzungsmechanismus zu befürworten.

Zustimmung zum Haftungsmechanismus



Wichtig zu wissen: Die Umfrage wurde noch vor der Veröffentlichung der Paradise Papers durchgeführt. Seither hat die Konzernverantwortungsinitiative viel Rückenwind: Innert zwei Wochen haben sich über 1'000 Personen gemeldet, die sich freiwillig für die Initiative engagieren wollen – und bereits bestehen 16 regionale Gruppen, die Veranstaltungen organisieren möchten.

Schauplatz Schweiz

RK-S beschliesst Gegenvorschlag

Am 13.11.17 hat die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats mit 8 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung einen indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative beschlossen. Damit ermöglicht die Kommission eine ernsthafte Diskussion und macht den Weg frei für eine effektive Lösung auf parlamentarischer Ebene. Es handelt sich aber nur um einen ersten Schritt. Denn es bleibt offen, wie der konkrete Gesetzesentwurf ausformuliert sein wird.

Schauplatz International

Niederlande: Konzerne für Regulierung

In den Niederlanden behandelt das Parlament zurzeit ein Gesetz über Sorgfaltsprüfungspflichten bezüglich Kinderarbeit. Zur Unterstützung dieser Regulierung schrieben über

20 grosse Unternehmen einen Brief an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Darunter beispielsweise Nestlé, Nederland, Barry Callebaut oder Cargill Cocoa & Chocolate. Sie schreiben, dass das Gesetz Vorreiter in der Privatwirtschaft belohne und für gleich lange Spiesse für Unternehmen Sorge. Selbstregulierung alleine reiche nicht aus. Der Brief ist auf der Seite des Initiators «Tony's Choccolony» zu finden: <http://bit.ly/2iM5Zfm>

Internationale Entwicklung: Neue Übersicht

Gleich zwei neue Webplattformen wurden am Rande des diesjährigen UN-Forum on Business and Human Rights in Genf lanciert, das Ende November stattfand. Einmal eine globale Übersicht über die gesetzlichen Entwicklungen bezüglich Wirtschaft und Menschenrechte. Informationen über alle Länder, die bereits Gesetze für mehr Konzernverantwortung verabschiedet haben oder diskutieren, sind hier übersichtlich aufbereitet. Getragen wird die Website von Public Eye, der European Coalition for Corporate Justice und anderen NGOs: www.bhrinlaw.org

Die zweite Plattform bietet eine Übersicht über alle bisher veröffentlichten Nationalen Aktionspläne für Wirtschaft und Menschenrechte. Für die Umsetzung der UNO Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind alle Staaten aufgefordert, solche Nationalen Aktionspläne zu verabschieden. Die Website www.globalnaps.org wird vom Danish Institute for Human Rights (DIHR) getragen.

Fallbeispiele

Credit Suisse finanziert Abholzung von Regenwald

Wie die Sonntagszeitung nach der Auswertung von Dokumenten aus den Paradise Papers berichtete, finanzierte die Credit Suisse den indonesischen Zellstoff- und Papierkonzern *April* mit insgesamt 200 Millionen Dollar, zuletzt im November 2015. Schon 2009 wurden Zulieferer von April zu Strafzahlungen verurteilt, weil sie geschützte Wälder für Holzplantagen rodeten. Die Credit Suisse hielt sich dabei nicht an ihre eigenen Richtlinien, wonach die Bank keine Firmen finanziert oder berät, die „Ressourcen aus illegalem Holzschlag einkaufen“. Die Credit Suisse hat also entweder keine seriöse Sorgfaltsprüfung durchgeführt oder deren Ergebnis wurde beim Kreditentscheid auf höherer Stufe ignoriert.

Rating von Elektronik-Firmen

Ausbeutung von Studierenden als Billig-Arbeitskräfte, unbezahlte Überstunden und Löhne, die nicht zum Leben reichen: In der Handy- und Computerindustrie bleiben die Arbeitsrechte ein wunder Punkt. Vor allem HTC und der neue

Marktgitant Huawei haben noch viel zu tun. Dies zeigt das dritte Rating der zehn IT-Firmen mit dem grössten Schweizer Marktanteil von *Brot für alle* und *Fastenopfer*. Die Entwicklungsorganisationen fordern die Schweizer Universitäten auf, nur verantwortungsvoll produzierte IT-Geräte zu kaufen und dazu der Organisation Electronics Watch beizutreten. www.brotfueralle.ch

Glencore im Kongo

Auch Glencore war Teil der Paradise-Papers-Enthüllungen. Wie der Tagesanzeiger berichtete, hat Glencore im Kongo mit einem hoch umstrittenen israelischen Geschäftsmann zusammen gearbeitet, dem Korruption vorgeworfen wird. Im Zuge von Verhandlungen mit den Behörden der Demokratischen Republik Kongo um Minenlizenzen, hat Glencore auf die Dienste dieses Mannes zurückgegriffen, woraufhin der für die Lizenzen geforderte Betrag um drei Viertel reduziert wurde. Dieser neue Skandal reiht sich ein in Vorwürfe in Zusammenhang mit Umweltverschmutzung bei Glencores Minengeschäften im Kongo.

Kinderarbeit beim Kobaltabbau

Ein neuer Bericht von *Amnesty International* zeigt, dass Elektronik- und Autohersteller ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten bei der Kontrolle der Kobalt-Lieferketten weiterhin vernachlässigen. Dies obwohl sie anfangs 2016 von Amnesty International mit einem Bericht konfrontiert wurden, der zeigt, dass grosse Elektronikkonzerne auf Kobalt zurückgreifen, das von Kindern und Erwachsenen in der Demokratischen Republik Kongo unter grausamen Bedingungen abgebaut wird. Einige der Unternehmen haben seither mit einer Überprüfung ihrer Lieferketten begonnen, viele haben aber noch keinerlei Massnahmen ergriffen.

www.amnesty.ch

Weitere Infos

Weiterführende Informationen zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft finden Sie hier:

- www.konzern-initiative.ch
- Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte, Themenbereich Wirtschaft und Menschenrechte: www.skmr.ch
- Business & Human Rights Resource Centre, London: www.business-humanrights.org